Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 50 Pf.

„Berliner Tageblatt u. Handels-Zeitung" erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags u. Montags einmal. Illust. Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag „Der Weltspiegel", jeden Dienstag „Modenspiegel", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag „Sportspiegel", jeden Freitag Blatt „U.T.K.", jeden Sonnabend „Aus Hof u. Garten". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschecho-slowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Danzigs und der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens u. Finnlands; für alle übr. Staaten nur direkt bei Ausfl. Zeitung. Ausland ausschl. Postaufschlag: f. Berlin u. Vororte monatl. 15 M. k. tägl. zweimal. Berlin abonn. man b. d. Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. d. nebenstehend aufgeführt. Insertionspreis: Zeile 10 M., Stellen-Gesuche und Familien-Anzeigen 5 M. Nachweis nach Abt. Tarif.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 108; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Kaiserallee 241; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Rüdersdorfer Straße 67/68; Rathenower Str. 8; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Rosenthaler Str. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 236 u. 246; Blücherstraße 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswald. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenbg.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 54; Schorrenstr. 39; Nürnbg. Str. 25/26; Kaiserdamm 29; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Hertzlettenpl., Lichterfelde: Frankf. Allee 341; Lichterfelde-West: Curtiusstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 95/94; Kais.-Friedrich-Str. 247 48; Pankow: Vorbodenstr. Str. 1; Schönstr. 28; Schmargendorf: Breite Str. 8; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Mart.-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserpl. 13; Treptow: Grüllstr. 7; Weißensee: Streustr. 126. In der Provinz: Brandenburg a. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Wiederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburg. Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 4.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 392 • Ausgabe A Nr. 198
Ausgabe für Berlin und Umgegend Nr. 392

Sonntag, 21. August 1921
50. Jahrgang

Die Befugnisse des Völkerbundsrates.

Frankreich und das zu erwartende Gutachten

Weitere Angriffe gegen Lloyd George. — Vernünftige Aeußerungen Hervés.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 20. August.

Das „Echo de Paris" will, wie es selbst betont, im Gegensatz zu den Meldungen anderer Blätter an unterrichtetster Stelle erfahren haben, daß der Völkerbundsrat sich nur über zwei Auffassungen auszusprechen oder einen englisch-französischen Streitfall zu regeln haben werde. Er sei bei seiner Arbeit **vollkommen ohne Begrenzung und habe nur nach dem Friedensvertrag und der Volksabstimmung zu entscheiden.** Er könne sich, wenn er wolle, sogar mit der Frage befassen, ob diese Volksabstimmung vertragsmäßig vor sich gegangen sei, er könne weiter untersuchen und entscheiden, Oberschlesien ganz an Deutschland oder Polen zu geben, eine Teilung empfehlen, das Grubengebiet teilen oder es einem Bande ganz zusprechen. **Seine Aufgabe sei die Abgabe eines Gutachtens, aber eines schiedsrichterlichen Gutachtens. Frankreich habe sich moralisch verpflichtet, es anzunehmen.** Gewiß sei es selbstverständlich, daß, **falls dieses Gutachten gegen die vitalen Interessen Frankreichs verstoße, Frankreich zum Beispiel aus dem Völkerbund austreten könne,** aber wahrscheinlich sei es, daß alle Beteiligten sich dem Gutachten unterwerfen würden.

Die Rede Lloyd Georges läßt die Gemüter noch nicht zur Ruhe kommen. André Lefèvre, dessen Stellungnahme bekannt ist, schreibt im „Journal", das beste für Frankreich und England wäre, wenn augenblicklich jedes der beiden Länder seine eigene Politik treiben würde. Capus meint im „Gaulois", Lloyd George habe aus den Erfahrungen der letzten Jahre nichts gelernt. Wo sei der Weltkrieg entstanden? Welches Gewicht hätten bei seinem Ausbruch das englisch-japanische Bündnis und die englischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gehabt? Gar keines! Der Krieg sei in dem Teil Europas entstanden, der dem deutschen Willen unterworfen war (!), und seine Nachbarn seien unwiderstehlich in den Krieg hingezogen worden. Die ganze Kraft Amerikas hätte den Umfang erst verzögern können, und wenn dieser durch einen Krieg, dessen Bedrohung man heute zu bedauern scheine, herauffbeschworen sei, würden England und die Vereinigten Staaten sich nicht einbilden, daß sie von jetzt an die obersten Richter über Krieg und Frieden wären. Solange zwischen Rhein und Oberschlesien die Bedrohungen bestehen blieben, würden alle übrigen Fragen, mit Einschluß der Russik, nur vorübergehend geregelt werden können. Der von Deutschland geöffnete Abgrund gähne weiter.

Gustave Hervé, der im Augenblick auf Urlaub weilt, erklärt, die flammenden Kommentare der Pariser Presse werden sich nicht gegen Lloyd George, sondern gegen sich selber richten. Die französische Presse habe Frankreich und Polen einen schlechten Dienst erwiesen, indem sie seit zwei Jahren behauptete, Oberschlesien müsse an Polen fallen weil das beste Mittel sei, Deutschland zu schwächen, wenn man ihm seine erstklassige Kohlen- und Industriegegend abnehme. Der Friedensvertrag von Versailles habe eine Volksabstimmung in Oberschlesien festgesetzt, und auch in Deutschland und Polen das Nationalitätenprinzip in ehrlicher, unparteiischer Weise angewendet werde. Ein großer Teil der französischen Presse aber verlange, daß man den größten Teil Oberschlesiens Polen gäbe, um die „Sicherheit Frankreichs" zu gewährleisten. Um Deutschland zu entwaffnen, habe der Friedensvertrag die Einschränkung der deutschen Bewaffnung vorgesehen; er habe Deutschland aber nicht dazu verurteilt, seine Industrie- und Kohlengebiete zu verlieren, die es ihm eines Tages erlauben könnten, die Kriegsindustrie wieder aufzubauen. Wäre das der Fall gewesen, dann hätte man Deutschland in erster Linie das Ruhrgebiet wegnehmen müssen. Wenn die französische Presse und die französische Regierung sich nicht ausschließlich auf den Boden der gerechten Anwendung des Nationalitätenprinzips stellen, dann könne man ihr nur schon sagen, was sie vor dem Völkerbundsrat erwarte.

Wie die „Liberté" mitteilt, hat Finanzminister Doumer wegen der Unzufriedenheit des Ministerpräsidenten Briand mit den Beschlüssen der Pariser Finanzkonferenz, besonders wegen der Fragen der Saargruben, seinen Rücktritt angeboten. Briand habe jedoch abgelehnt. Das Blatt meldet dazu, daß der Gesundheitszustand des Finanzministers, der schon früher beinahe zu seinem Rücktritt geführt hätte, weiter derartig schlecht sei, daß man wohl doch noch mit seinem Rücktritt rechnen könne.

Paris, 20. August. (E. E.)

Der Genfer Korrespondent des „Journal" hatte eine Unterredung mit einer maßgebenden Persönlichkeit des Völkerbundsrates, welche ihm über das Vorgehen des Völkerbundes in der oberschlesischen Frage folgendes mitteilte: „Ich glaube an die Notwendigkeit einer eingehenden Untersuchung, die weiterreichen muß als die, welche dem Obersten Rate vorlag." Die Uebertragung des Falles an ein Schiedsgericht hält der Gewährsmann des „Journal" für unmöglich. Die Entscheidungen des Völkerbundsrates müssen mit Ausnahme weniger, von der Völkerbundsakte zugelassener Fälle einstimmig angenommen werden, sonst bedeutet dies das volle Versagen des Völkerbundes. Nur bezüglich der einzuschlagenden Methode genügt die einfache Mehrheit. Was diese Methode anbetrifft, so wird sich zunächst der Völkerbundsrat die Frage vorzulegen haben, ob er die an ihn gerichtete Aufforderung annehmen könne. Man verlangt die Auslegung eines Artikels des Versailler Friedensvertrages, aber aus der Erklärung des Schweizer Delegierten Motta bei der ersten Vollversammlung des Völkerbundes und aus der Erklärung Léon Bourgeois' geht hervor, daß alles, was sich auf die Auslegung des Versailler Vertrages bezieht, nicht der Kompetenz des Völkerbundes untersteht. Aber andererseits bestimmt Absatz 4 des Artikels 4 der Völkerbundsakte, daß sich der Völkerbund mit jeder Frage befassen könne, welche den Weltfrieden berühre. Das sei gegenwärtig der Fall. Außerdem habe man nicht verlangt, daß sich der Völkerbundsrat an die Stelle des Obersten Rates setze, sondern er habe nur ein Gutachten zu erstatten, das der Oberste Rat dann annehmen werde. Zweifellos wird sich der Oberste Rat ferner das Recht vorbehalten, neue Untersuchungen anzustellen. Er wird **Vertreter Deutschlands und Polens eingehend anhören,** da beide Mächte das größte Interesse daran haben, ihre Sache vor dem Völkerbundsrat zu verteidigen. Sollte dieser keine einstimmige Entscheidung treffen können, so **steht ihm noch das Recht zu, die ganze Angelegenheit vor die Vollversammlung zu bringen.** Im ganzen wird sich also der Vorgang wie folgt abspielen: Nach Erledigung der Kompetenzfrage, die im bejahenden Sinne beantwortet werden soll, wird die bisher erfolgte Dokumentierung geprüft werden. Deutsche und polnische Vertreter werden angehört werden, und, wenn man zu einer einstimmigen Entscheidung nicht gelangt, wird die Angelegenheit der Vollversammlung des Völkerbundes vorgelegt werden.

Paris, 20. August. (W. T. B.)

Wie „Intransigeant" mitteilt, schließt der (in der gestrigen Abendausgabe erwähnte) Brief des Vicomte Ishii an Ministerpräsident Briand betreffend Annahme der Aufgabe, ein Gutachten über die Grenzführung in Oberschlesien zu erstatten, mit den Worten: „Ich hoffe, daß diese Empfehlung (einer Grenze in Oberschlesien) einstimmig gemacht werden wird." — Der „Temps" schreibt, die Reise des spanischen Botschafters in Paris nach Madrid, die schon seit längerer Zeit vorgesehen war, habe mit dem Angebot des Berichterstatteramtes an Quinones de Leon nichts zu tun. Nach Mitteilung der spanischen Botschaft wird Quinones de Leon fünf bis sechs Tage abwesend sein.

Vorbereitungen zur Entsendung neuer Ententetruppen nach Oberschlesien.

London, 20. August. (W. T. B.)

Wie Reuter erfährt, werden in England Vorbereitungen getroffen, zwei Bataillone nach Oberschlesien zu schicken, wie es auch Italien und Frankreich täten.

Taktik oder Politik?

Von [Nachdruck verboten.]

Staatsminister a. D. **Oeser.**

Der noch junge deutsche Volksstaat bedarf zu seiner Ausgestaltung und Festigung der Anteilnahme aller seiner Bürger und Bürgerinnen; das Schlimmste, was ihm begegnen könnte, ist nicht die wilde Bekämpfung durch seine inneren Gegner, es wäre vielmehr die Interesselosigkeit jener, die für Demokratie und Republik gewonnen werden könnten, die aber aus politischer Unzufriedenheit sich von den öffentlichen Dingen abwenden. Deshalb wäre es ein nicht zu entschuldigender politischer Fehler, wollte man an Aeußerungen solcher Unzufriedenheit achtlos vorübergehen, es ist jedenfalls sachgemäßer, sie als vorhanden anzuerkennen und nach ihren eigentlichen Ursachen zu forschen. Es ist auch keineswegs gleichgültig, daß solche Stimmungsausbrüche jetzt vorzugsweise wieder aus der Jugend laut werden, die sich nicht damit abspeisen lassen will, daß man ihr väterlich auf die Schulter klopft mit dem Troste, sie verstehe das noch nicht recht und sie werde schon auch einmal älter werden. Das Naturgesetz des Alterns besteht zwar, aber auch ein Naturrecht der Jugend, die Dinge mit eigenen Augen zu betrachten.

Ein Teil der Unzufriedenheit mit den auf demokratischem Boden stehenden, zu Regierungskoalitionen zusammengekommenen Parteien ist freilich von deren Tun und Wollen unabhängig. Er entquillt der beispiellos bedrängten, beinahe hilflosen Lage Deutschlands. Sie macht es den Gegnern dieser Parteien leicht, ihnen eine Verantwortung zuzuschieben, die sie vor der Geschichte nicht zu tragen haben, und ihnen das Verdienst abzustreiten, durch Uebernahme der Regierung in der allerkritischsten Zeit sehr viel Schlimmeres verhütet zu haben. In welchem Umfange, das kann vielleicht nur der beurteilen, der in jener Periode handelnd dabei war. Es ist auch leicht, die Demokratie verantwortlich zu machen für die ausgelaufene schlechte Behandlung, die der demokratischen Republik Deutschlands unbestritten durch die Entente zuteil geworden ist und noch zuteil wird. Wer die Demokratie lediglich als Schutzschild betrachtete, um dahinter vor den Feinden sich zu verbergen, dem mag das Recht nicht bestritten sein, sich jetzt enttäuscht zu fühlen. Aeußere wie innere Feinde haben es unserer Demokratie schwer genug gemacht, sich zu behaupten, und es darf in diesem Zusammenhange wenigstens angemerkt werden, daß sie — um dieses alles auszuhalten — doch wohl kräftiger sein muß, als viele ihr zugestehen wollen; es ist zum mindesten zweifelhaft, ob irgend eine andere Regierungsart alle diese furchtbaren Stöße hätte aushalten können. Sie muß in dieser Lage Opfer in einem beispiellosen Ausmaße verlangen. Und meint man, daß irgendeine innere Macht imstande wäre, diese Opfer dem Volke zu ersparen? Wenn nun die Gegner demokratischer Richtungen diese verantwortlich machen für Dinge, die unabwendbar sind, deren Wurzeln weit in die Vergangenheit zurückreichen, so beweist das lediglich, mit wie geringer politischer Einsicht bei uns agitiert werden kann. Die Wähler sollten es den Parteien nicht gestatten, es sich so leicht zu machen und so oberflächlich zu argumentieren!

Aber daneben besteht noch eine Unzufriedenheit oder ein Unbefriedigtsein anderer Art, das sich meistens in der Klage konzentriert, daß es dem neuen Deutschland an politischen Führern großen Formates gebräche. In Parteigesprächen klagt man wohl auch darüber, daß die Führer gerade dann der Führung zu bedürfen scheinen, wenn ihre Anhängerschaft durch sie sicher und stark geführt werden möchte. Der Führung bedürfen auch politisch reifere Völker als das unserige. Denn die Politik, besonders in einer verworrenen und bedrohlichen Lage, ist ein kompliziertes Gewebe, dessen vielfach verschlungene Fäden dem ungeübten Auge nicht immer erkennbar sind. Sie erfordert ein theoretisches und Tatsachen-Wissen, das erworben sein will. Man kann in seinem Fache ein grundgescheiter, tiefgebildeter Mensch mit reiffster Erfahrung und trotzdem in der Politik, wie Althoff meinte, ein Esel sein. Vielleicht schreibt sich der unpolitische Charakter unseres Volkes überhaupt weniger von der Gefolgschaft als von der Führerschaft her, da wir ja im Grunde genommen auch nicht viel dümmer als andere Völker sind und uns am Ende ebenso leicht gescheit, wie einfältig leiten lassen würden. Der Mangel an solchen Führern aber, wie wir sie gern hätten, erklärt sich, wie manches andere, rein geschichtlich; auch er ist die Folge unseres beklagenswerten Entwicklungsganges. Es war unser Schicksal, die Epigonen einer anderen Generation zu sein, und die Lobredner vergangener Zeiten, die lediglich die Bismarcksche Geste gelten ließen, ahnen heute nach nicht, wie Schweres sie ihrem Volke damit angetan haben. Sich bewußt in seine eigene Zeit hineinzustellen, das ist eben auch eine jener Eigenschaften, die wirkliche Führer der Politik unbedingt besitzen müssen.

Es war schon so, daß wir eine bürgerliche Führung in Deutschland, wie sie sich 1848 hätte anbahnen können, nie besaßen. Das Bürgertum war nicht nur politisch, es war leider auch konfessionell gespalten. Und als es am Ende möglich geworden wäre, diese Spaltung zu überwinden, trat der soziale Gegensatz hervor. Eine wirksame Volkspolitik bedarf

Berufung Tusars nach Prag.

Die Prager Regierungskrise.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Prag, 20. August.

Der Prager Gesandte in Berlin Tusar ist nach einer tschechischen Blättermeldung nach Prag berufen worden, um sich über die Art der Lösung der innerpolitischen Krise zu äußern. Tusar genießt das besondere Vertrauen des Präsidenten Masaryk. Die Schwierigkeit für die Bildung der neuen Regierung, die nach dem Willen der tschechischen Parteien eine allnationale, das ist tschechisch-sozialistisch-klerikal, sein soll, liegt nicht nur in dieser nur kurze Zeit lebensfähigen widernatürlichen Kreuzung, sondern vornehmlich in der Tatsache, daß eine derartige, nur parteipolitischen Nationalismus zusammengehaltene Regierung ungeeignet ist, den nationalen Kampf zu neutralisieren. Dieser immer stärker werdende Kampf ist aber letzten Endes die Ursache aller bisherigen Regierungskrisen. Da die Tschechen zu keinen Konzessionen an die Deutschen bereit sind und diese durch die letzten Ereignisse ins radikale Lager getrieben wurden, wird eine wirklich regierungsfähige Regierung kaum zu finden sein.

* * *

Es läßt sich aus der Prager Meldung nicht ersehen, welche Bedeutung der Reise des Gesandten Tusar beizumessen ist. In Berlin würde man es jedenfalls bedauern, wenn Tusar, der stets im Sinne einer Verständigung gewirkt hat, von seinem hiesigen Posten scheiden sollte. Tusar, der jetzt 44 Jahre alt ist, war schon vor der Revolution nicht nur einer der geschicktesten und wortgewandtesten Führer der tschechischen Sozialdemokraten, sondern auch einer der klügsten und im Auftreten vornehmsten tschechischen Politiker. So zeigte er sich auch, als er im Juli 1919, nach dem Rücktritt des Kabinetts Kramarz die Leitung einer von ihm gebildeten Regierung übernahm. Zu den wilden Draufgängern gehört er nicht, und seiner ganzen Persönlichkeit nach ist er Exzessen abgeneigt. Er war, bevor er den Gesandtenposten in Berlin übernahm, sehr leidend, seine Gesundheit hat sich aber, nachdem er sich in Hamburg einer ärztlichen Behandlung unterworfen hat, in erfreulicher Weise gekräftigt.